

Warum muss die Wirtschaft wachsen?

Oder: Die höllische Angst vor der Deflation

Ein Kommentar von Wilhelm Schmülling

Krisen über Krisen gilt es zu bewältigen. Die Flüchtlingskrise dominiert alle anderen, obgleich sie nur Teil der Probleme ist. Die Irak-Krise, Griechenland, die Verschuldung vieler Staaten, auch Deutschlands, treten in den Hintergrund, schließlich die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB). Sie müsste im Focus stehen – ohne die Hilfe für Flüchtlinge zu reduzieren – denn die Geldversorgung der „Märkte“ entscheidet über Inflation und Deflation und somit über die Konjunktur und Steuereingänge in der EU. Wenn dann nur nicht das Verhalten der Verbraucher und Kapitalbesitzer wäre, die die Erwartungen der EZB durchkreuzen.

Das Geldfluten durch die EZB nimmt kein Ende. Milliardenbeträge wurden monatlich in den Markt gedrückt. Mit dem Geld sollte die Konjunktur angekurbelt werden, denn bei größeren Umsätzen steigen auch die Preise. Sie können zumindest gehalten werden. Doch das Ziel der EZB, eine Inflationsrate von 2% anzupeilen, konnte nicht erreicht werden, weil das Geld nicht bei den Verbrauchern ankommt, sondern zur Spekulation im Kapitalmarkt verwendet wurde.

„Wachstum, Wachstum, Wachstum“ wurde allseits zur Parole, gar zum Mantra der Ersatzreligion Kapitalismus. In dieser Wirtschaftsordnung wird nur dann investiert, wenn eine Rendite als gesichert gilt, kein Profit, kein Geld.

Zudem haben Bundesbanker eine höllische Angst vor der Deflation, die dann entsteht, wenn sich der Geldkreislauf verlangsamt oder gar unterbrochen wird. Thesaurierung von bisher Nachfrage haltendem Geld nennen das die Ökonomen. Deutlicher gesagt: Das Geld wird gehortet. Womit wir bei dem Grundübel der Geldordnung angekommen sind. Unsere Geldordnung ermöglicht eine nahezu kostenfreie Hortung von Geld zu Spekulationszwecken. Jedenfalls wird dieses Geld nicht zur Warenproduktion eingesetzt. Folgerichtig erstreben die Humanwirtschaftler ein „fließendes Geld“, eine „Haltegebühr auf Geld“, womit Geldzurückhaltung Kosten verursacht, die jeder Geldbesitzer vermeiden möchte. Das Geld fließt dann in die Realwirtschaft.

Für soziale Projekte, Kindergärten, Schulen usw. – alles was keine Rendite abwirft – steht im Kapitalismus kein Geld mehr zur Verfügung, es verrotten Straßen und Gebäude. Zudem gerät das gesamte Sozialsystem in die Krise, was bei den Renten deutlich wird. Schon sinkt die Altersrente, die kaum noch zum Leben reicht. Schon kommen die selbstfinanzierten Zusatzrenten in die Kritik, wie die „Riester-Rente“. Die Politiker wissen das und versuchen gegenzusteuern, predigen Wachstum und begrüßen die Geldflut durch die EZB. Alles vergeblich.

Die Unternehmen reagieren strategisch auf drohende Umsatzverluste, versuchen die Kosten zu senken und

mit neuen Produkten die Kauflust zu steigern. „Innovationen und Ästhetisierung“ (Pat Christ) sollen für Umsatzsteigerung sorgen. Das mag eine Zeit lang gelingen, geht aber bei Personalabbau massiv zu Lasten der Arbeitnehmer.

Was ist demnach für eine humane Wirtschaft zu tun?

Wie am Modell des volkswirtschaftlichen Kreislaufs gezeigt wird, steht einer bestimmten Menge produzierter Waren und Dienstleistungen eine entsprechende Geldmenge gegenüber, die dafür sorgt, dass der Markt geräumt wird. Wird diese Geldmenge von der EZB ohne Anpassung an die Produktionsmenge (Brutto-Inlandsprodukt) erhöht, entsteht eine Inflation (steigende Preise). Wird sie verringert, entsteht eine Deflation (sinkende Preise).

Wie bei der Weltwirtschaftskrise besteht auch heute die Gefahr, dass Produktionsfirmen bei sinkenden Preisen (Deflation) in Schwierigkeiten geraten und deshalb Mitarbeiter entlassen müssen, bis schließlich die gesamte Wirtschaft von der Krise erfasst wird.

Humanwirtschaftler fordern daher die Rückführung bzw. das Verbleiben der Überschüsse (Gewinne) in der Realwirtschaft als eine Voraussetzung für die Schließung des volkswirtschaftlichen Kreislaufs und bilden damit die Grundlage des vollen Arbeitsertrages für die Produzenten (Unternehmer und Mitarbeiter). Dadurch wird genügend Geld für Sozialleistungen zur Verfügung stehen. Ebenso werden bisher unrentable Investitionen, wie Straßen, Schulen usw. finanzierbar, denn bei Vollbeschäftigung steigen die Steuereinnahmen. 